

KOMMENTARE

19:15 1 JUNI 2012

Boycott der Fussball-EM ist unnütz

BRUNO S. FREY



“Die entscheidende Frage ist, ob eine Isolierung totalitärer Herrscher irgendetwas an den bestehenden Verhältnissen in ihren Ländern ändert.”

Die Idee europäischer Politiker, den ukrainischen Machthaber Janukowitsch durch Absenz zu «isolieren», kann der dortigen Opposition schaden. Ein Kommentar von Ökonom Bruno S. Frey.

Am 8. Juni beginnt die Fussball-Europameisterschaft, die zugleich in der Ukraine und in Polen abgehalten wird. Es wird ein erstrangiges Medienereignis werden. Die Eröffnung wird – wie immer bei solchen grossen Sportereignissen – mit einer spektakulären Veranstaltung zelebriert, an der Politiker aller Länder gerne teilnehmen, auch wenn ihnen Fussball oder auch der Sport im Allgemeinen sonst fernliegen. Die Präsidenten der organisierenden Länder sowie die Spitzen der Fussballverbände nutzen die Gelegenheit, um sich vor einem Millionenpublikum zu präsentieren.

Der ukrainische Präsident wird sich besonders gerne in Szene setzen, denn seine

Herrschaft ist umstritten. Wiktor Janukowitsch ist besonders in der internationalen Presse in Verruf geraten, weil er die (ebenfalls umstrittene) frühere Ministerpräsidentin Julia Timoschenko nicht gerade pfleglich behandelt. Etwas in den Hintergrund gerät dabei allerdings, dass Janukowitschs autoritärer Führungsstil aufseiten der Opposition viele unbekanntere Opfer gefordert hat – und immer noch fordert.

Eine erhebliche Zahl von Politikern der Europäischen Union und besonders Deutschlands haben nun beschlossen, den ukrainischen Präsidenten zu «isolieren», indem sie nicht an den Spielen der EM und besonders den Eröffnungsfeierlichkeiten teilnehmen. Sie gehen dabei selbstverständlich davon aus, dass dies von den Zuschauern des Eröffnungsspektakels überhaupt bemerkt wird. Es wäre nicht das erste Mal, dass sich Politiker und Politikerinnen in dieser Hinsicht gewaltig überschätzen. Selbstverständlich werden die Organisatoren der Eröffnungsfeier alles tun, damit die Absenz (einiger) Politiker unbeachtet bleibt. Sicher werden keine Sitze auf der Prominentenbühne leer bleiben. Andere Politiker werden die Chance ergreifen, nun ihrerseits mehr im Rampenlicht zu stehen.

Besucher sind für Potentaten heikel

Die Idee, autoritäre und gewalttätige Herrscher zu «isolieren», erscheint auf den ersten Blick vernünftig. Kontakt zu verweigern, kann als Strafe angesehen werden. Die entscheidende Frage ist, ob eine Isolierung totalitärer Herrscher irgendetwas an den bestehenden Verhältnissen in ihren Ländern ändert. Alle Erfahrungen zeigen, dass dies selten der Fall ist. Im Gegenteil: Besuche prominenter Politiker sind für autoritäre Präsidenten eher ein Ärgernis. Es wird für sie wesentlich schwieriger, Vertreter der Opposition niederzuknüppeln, weil dies den Protest der besuchenden Politiker hervorrufen würde. Ausländische Politiker können auch von sich aus aktiv werden und damit den Präsidenten in Verlegenheit bringen. Sie können, wie auch von Amnesty International gefordert wird, Kontakte mit Oppositionellen aufnehmen, ihnen damit den Rücken stärken und die Medien auf deren Anliegen aufmerksam machen. Werden ausländische Politiker dabei behindert oder wird ihnen jegliche Kontaktaufnahme gar

verboten, wird ein Entrüstungssturm ausbrechen, denn damit wird die Unterdrückung sichtbar. Die autoritäre Regierung ist in jedem Fall in einer ungünstigen Lage, weil sowohl ein Zulassen als auch ein Verbot derartiger Kontakte ihr schaden. Diese durch die Europameisterschaft im Fussball eröffneten Chancen sollten ausgenützt werden; ein Boykott ist hingegen weitgehend wirkungslos.

Boykotte sind ein häufig eingesetztes Mittel in der internationalen Politik. Das begann schon mit der Kontinentalsperre Napoleons gegen England und setzt sich bis heute etwa mit dem Boykott der USA gegen Kuba oder Nordkorea fort. Bei den meisten Boykotten werden die Exporte und Importe der sanktionierten Länder eingeschränkt. Der Zweck ist immer, die Regierung des entsprechenden Landes zu einer Änderung ihrer Politik zu veranlassen. Derartige Sanktionen verfehlen jedoch in fast allen Fällen ihre Wirkung; manchmal begünstigen sie sogar die boykottierte Regierung. Ein Erfolg stellt sich nur unter sehr eingeschränkten Umständen ein. Es müssen wichtige organisatorische, wirtschaftliche und politische Bedingungen erfüllt sein, damit Boykotte wirksam sind.

Organisatorisch müssen die Handelsbeschränkungen nicht nur verkündet, sondern tatsächlich angewandt werden. Regierungen sind schnell bereit, Sanktionen zu verkünden, übersehen dabei jedoch häufig, dass den Exporteuren ihres Landes damit verboten wird, ihre Güter in das sanktionierte Land zu verkaufen. Sie wehren sich dagegen, indem sie auf drohende Verluste an Arbeitsplätzen im Inland hinweisen, was für jede auf eine Wiederwahl angewiesene Regierung höchst unangenehm ist. Die Exporteure werden auch argumentieren, dass sie nicht die Einzigen sein wollen, die die Kosten der Sanktionspolitik tragen müssen. Damit wird ein Verteilungskonflikt ausgelöst. Ein Boykott muss darüber hinaus von möglichst allen Staaten verfügt werden, sonst kann der sanktionierte Staat seine Importe leicht direkt oder indirekt von einem anderen Land erhalten. In Zeiten von Boykotten blühen der Umweghandel und der Schwarzmarkt auf.

Damit Boykotte wirtschaftlich greifen, müssen sie rasch ausgeführt werden. Das sanktionierte Land darf keine Zeit zur Anpassung haben, sonst können Importe durch im Inland hergestellte Güter ersetzt und bisher in der Exportwirtschaft Beschäftigte anderswo

eingesetzt werden. Gegen ein wirtschaftlich flexibles Land greifen Sanktionen kaum, und die Führungsschicht wird von den Sanktionen kaum betroffen. Wie die Geschichte zeigt, haben Herrschende immer die Möglichkeit, sich den Wirkungen der Sanktionen zu entziehen. Leidtragende sind die Bürger – wie im Fall eines Boykotts der Fussball-EM auch.

Wirkungslos bis kontraproduktiv

Auf der politischen Ebene sind Boykotte nur wirksam, wenn durch sie das Volk gegen die autoritäre Führung auftritt. In fast allen Fällen tritt jedoch genau das Gegenteil ein. Wegen der Drohungen aus dem Ausland schliessen sich die Reihen, besonders weil es Herrschende gut verstehen, auf der Klaviatur des Nationalismus zu spielen. Damit findet ein Schulterschluss zwischen dem Volk und der Regierung statt. Diese Reaktion beobachten wir gegenwärtig in Griechenland, wo wegen der von der EU auferlegten Bedingungen linke wie rechte Parteien vermehrt nationale Parolen erheben. Bei Boykotten ist die Opposition in einer ungünstigen Lage. Begrüssst sie die von aussen auferlegten Sanktionen, gilt sie als Vaterlandsverräterin und kann deshalb vom autoritären Regime leicht verfolgt und mundtot gemacht werden. Wendet sie sich gegen die Sanktionen, ist sie im gleichen Boot wie die Regierung, womit ihre eigenen Anliegen untergehen.

Boykotte sind deshalb kaum je wirksam; nicht selten bewirken sie sogar das Gegenteil von dem, was angestrebt wird. Warum werden dennoch immer wieder Boykotte angedroht und durchgeführt? Warum haben die Europäische Kommission und andere Politiker beschlossen, nicht an die Eröffnungsfeierlichkeiten und die anderen Spiele der Fussball-EM in der Ukraine zu gehen? Die Erklärung muss im Eigeninteresse der Politiker und Politikerinnen gesehen werden. Sie betreiben symbolische Politik, mit der zum Ausdruck gebracht werden soll, dass man das Verhalten des ukrainischen Präsidenten missbilligt. Damit erhofft man sich, Sympathien im eigenen Land zu sammeln. Ob damit der Opposition in der Ukraine geschadet wird, spielt dabei keine Rolle: Es ist wichtiger, sich gegenüber den potenziellen Wählern im Inland als «moralisch» zu präsentieren.

Dass die Europäische Kommission dabei mitmacht, ist bedauerlich, denn sie wird ja nicht direkt vom Volk gewählt und sollte deshalb die längerfristigen Auswirkungen in den Vordergrund stellen. Möglicherweise täuschen sich jedoch die Politiker, die glauben, sie könnten mit einer moralisierenden Symbolhandlung die Wähler für sich gewinnen. Vermutlich würde eine Teilnahme an der Eröffnungsfeier und den Spielen in der Ukraine, die mit aktiven Kontakten mit der Opposition einherginge, mehr Medienwirksamkeit entfalten und ihren potenziellen Wählern besser gefallen als ein nutzloses Abseitsstehen.



Copyright © by Verlag Finanz und Wirtschaft AG